

Arbeitsgemeinschaft
für gewaltfreiheit,
soziale verteidigung
und zivildienst
(agsvz)

PRESSEAUSSENDUNG

Der Senat des Oberlandesgerichtes hat der Berufung des Staatsanwaltes stattgegeben und den Freispruch für den Wehrdienstverweigerer Erich Stöger aufgehoben. Stöger wurde zu sechs Monaten bedingter Haftstrafe verurteilt.

Die Arbeitsgemeinschaft stellt dazu fest:

Nach dem Freispruch durch Dr. Enge im Mai vergangen Jahres waren wir voll Vertrauen in die Justiz, daß sie in der Lage ist, die oftmalsigen krassen Fehlentscheidungen der Zivildienstkommission in ihren Auswirkungen auf die Betroffenen zu mildern. Dieses Urteil des Berufungssenates zeigt aber, wie wenig Rücksicht auf das persönliche Schicksal eines Einzelnen zugunsten der Staatsgewalt genommen wird.

In der Begründung meinte der Senatsvorsitzende, daß ein Freispruch dem Ungehorsam Tür und Tor öffnen würde. Dem Staatsanwalt zufolge ist bei einer Güterabwägung dem Recht des Staates auf die Wehrpflicht gegenüber der persönlichen Gewissensnot des Bürgers klar der Vorzug zu geben. Am persönlichen Gewissensnotstand sei ein strenger Maßstab anzulegen, er sei dogmatisch nicht weit vom gesunden Volksempfinden entfernt. So wird der Wille des Gesetzgebers, der die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen verfassungsrechtlich gesichert hat, unterlaufen. Gleichzeitig wurde die Gewissens-Kommission bestätigt:

Der Verteidiger Dr. Schaden wies darauf hin, daß die Verweigerungshandlung samt den Folgen für Erich Stöger wohl ein schwerwiegender Beweis für die Gewissensgründe sein müßte als die Worte vor einer Kommission. Besonders tragisch sind die Folgen für Erich Stöger:

Falls er bis zum Mai dieses Jahres nicht als Zivildienstler anerkannt ist, wird ihm erneut ein Einberufungsbefehl zugestellt werden. Gelingt es dann dem Bundesheer nicht, seine Überzeugung und sein Gewissen zu brechen, muß Erich Stöger ins Gefängnis. Er wird wie ein Verbrecher bestraft aber für seine feste Überzeugung, niemals Gewalt anwenden zu wollen.

Zudem hat Erich die vollen Gerichtskosten zu tragen. Die Arbeitsgemeinschaft bittet daher um Spenden auf das Postsparkassenkonto 7250.592.



SCHUL-UND HOCHSCHULPOLITIK IM IRAK

WIR STUDENTEN BLEIBEN SOLIDARISCH

Im Namen Allahs
Die Irakische Republik

Ministerium für höheres Wissen und
wissenschaftliche Forschung
S a l a h - A l - d d i n Universität
in Arbil
Dekanat der Fakultät für Naturwissenschaft
Büro des Dekans

Nr.: 7/14/2453
am 11.4.1984

Amtliche Order

Betreff: Ausschluß (Zwangsexmatrikulation) von
Studenten

Im Hinblick auf die Ablehnung von Studenten, Waffenübungen in einer Zeit zu leisten, in welcher unser lieber Staat sich in solch schwieriger Situation durch die grausame Aggression der Perser befindet, ist, wie es im Schreiben des Ministeriums Nr. 107, vom 5.4.1984 heißt, folgende Maßnahme zu ergreifen:

Jene Studenten, die sich weigern Waffenübungen zu leisten, sind von ihrer Universität auszuschließen (Zwangsexmatrikulation).

Bezugnehmend auf dieses Schreiben wurden folgende Studenten
ausgeschlossen:

1 Ferman Ali Mardan	Physik	1. Jahr ⁺)
2 Scherko Abdulla Abdul Karim	Physik	3. -"-
3 Jawz Hasib Sulaiman	Physik	3. -"-
4 Zrian Auni Abdul Jabar	Chemie	1. -"-
5 Osman Garib Muhamad	Chemie	3. -"-
6 Ismail Nabi Ismail	Chemie	3. -"-
7 Barzu Hussein	Biologie	1. -"-
8 Halkaut Mohamad Salih	Biologie	2. -"-
9 Schamsadin Al-Karim	Biologie	2. Jahr
10 Rebuar Taufiq	Biologie	2. -"-
11 Hiwa Karim Hama	Mathematik	1. -"-
12 Jamal Abdul Karim Saida	Mathematik	1. -"-
13 Mustafa Ismail	Mathematik	3. -"-
14 Kawa Tahir Hussein	Mathematik	3. -"-
15 Soran Omer Garib	Geologie	1. -"-

Unterschrift von
+) 1 Jahr entspricht 2 Semester Dr. Haitham Ismail Abbas
Stellvertreter des Dekans

Kopie ergeht an:

- Universitätsrektor/Büro des Staatspräsidenten/zur Kenntnisnahme
- alle Dekanate
- Sekretär des Staatspräsidenten für Studentenangelegenheiten/zur Vollziehung: Studentenheime, Aufnahme und Inskriptionsstelle, Finanzstelle
- Zentrale Inskriptionsstelle/zur Durchführung und Benachrichtigung der jeweiligen Heeresdienststellen
- Zentrale Heeresdienststelle
- Büro des Dekans
- Dekanstellvertreter für Studentenangelegenheiten, um den ausgeschlossenen Studenten den Zugang zu verbioten
- Vorstände der jeweiligen wissenschaftlichen Körperschaften
- Patriotische Irakische Studentenunion/ Zweigstelle Arbil
- Fakultätsstudentenvertretungen
- Quastur der Fakultät
- Prüfungsstelle
- eine Kopie zu den Akten
- eine Kopie zur öffentlichen Bekanntmachung
- Erziehungsberechtigte der Studenten

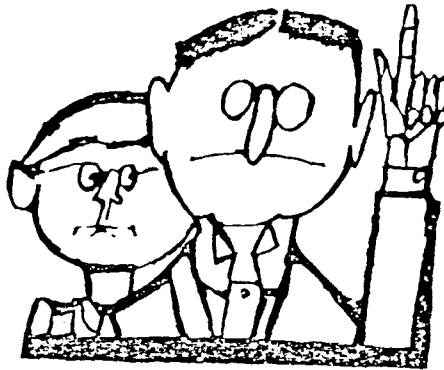
SCHUL- UND HOCHSCHULPOLITIK IM IRAK

WIR STUDENTEN BLEIBEN SOLIDARISCH

Diese Art von Bildungspolitik ist im Irak, in den letzten zwei Jahrzehnten, üblich geworden. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß diese Studenten keineswegs den verpflichtenden Heeresdienst verweigert, sondern sie weigerten sich in den Sommerferien eine zweiwöchige Waffenübung mitzumachen, die sie befähigen soll anschließend sofort an die Front Irak/Iran geschickt zu werden.

Schul- und Hochschulpolitik im Irak

Seit 1968 beginnt eine gezielte Einflußnahme schon im Vorschulalter. Bilderbücher für Kinder zwischen drei und sechs Jahren zeigen auf der ersten Seite den Staatspräsidenten Saddam Hussein als überdimensionale Vaterfigur. Er, der mehrmals täglich voll bewaffnet in Uniform im Fernsehen zu sehen ist, soll Vorbildwirkung für die Jugend haben. Die zweite Seite dieser Bilderbücher beinhaltet die Hauptparole der Baath-Partei über die große arabische Nation und deren unsterblichen Sendung. Die Erzieher der Kleinkinder genießen eine zielgerichtete elitäre Ausbildung, um diese Sendung in die Psyche der Kinder zu legen. Sie müssen die einstmals berühmte Märchenerzähler von Bagdad ersetzen, um den Kindern die Heldentaten des Präsidenten und seiner Armee anschaulich zu machen. In dieser Form wird schon im Kleinkind die Feindseligkeit und Nichtachtung gegenüber anderen Nationalitäten verwurzelt. Eine kleine alltägliche Begebenheit wäre in diesem Zusammenhang erwähnenswert: Herr Ali ist ein kleiner Gewerbetreibender am Stadtrand von Bagdad. Seine zwei Brüder hat er verloren. Sie wurden unter Saddam Hussein hingerichtet. Bei der Verteilung der Waren wird Herr Ali jeden Tag von der Behörde benachteiligt. Er gehört nicht der regierenden Partei an. Abends sieht er Saddam Hussein am Bildschirm. Er schaltet das Fernsehgerät schimpfend ab. Sein Sohn, der 4-jährige Amar, besucht den Kindergarten. Bei einem offiziellen Besuch von Saddam Hussein tritt der kleine Amar vor und fragt den Präsidenten: "Onkel, warum schimpfst mein Vater jedesmal, wenn du im Fernsehen bist?" Adresse und Name des Vaters werden bei der Geheimpolizei notiert, das Geschäft vom Herrn Ali wird geschlossen. Amar sieht seinen Vater nie mehr.



Volksschüler sollten, um eine gute Note zu bekommen, im Schülerverein der Baath-Partei organisiert sein und keine Stunde der politischen Erziehung versäumen. Das Tragen von Uniform ist in der Schule Pflicht außerdem werden die Schüler schon ab dem zehnten Lebensjahr an freien Nachmittagen zu Waffenübungen herangezogen. Keiner der Eltern hat Freunde mit den Söhnen und Töchtern in Uniform aber sie wagen nicht zu widersprechen. Sie haben vom kleinen Amar gelernt.

Im Gymnasium beginnt die sorgfältige Filtrierung zwischen Gehorsamen und Nichtgehorsamen. Vor Jahren, als die Ausbildung an Militär- und Polizeiakademien vielen noch erstrebenswert erschien, sollte ein Kandidat schon während seiner Mittelschuljahre seine Parteitreu durch besondere Dienste kundtun und sich um die Partei verdient machen. Ein besonderer Verdienst war es, Namen von Schülern bekanntzugeben, die mit den oppositionellen Kräften und Minderheiten sympathisierten. Um diesen Treuebeweis zu erbringen, brachte man manchmal sogar Leute aus den eigenen Reihen zur Anzeige - so geschah es in der Mansur Mittelschule 1979. Eine unterschiedliche Wertigkeit von Schulen ergibt sich durch den Mangel an Lehrkräften und Lehrbehelfen (Bibliotheken an manchen Schulen. Durch die Existenz des Numerus Clausus haben so Schüler aus schlecht versorgten Schulen selten eine Chance einen Studienplatz an der Universität zu bekommen). Die privilegierten Schulen sind für die Kinder von Parteibonzen und Militärangehörigen vorbehalten. Um als nicht Bevorzugter einen Studienplatz zu bekommen, ist die Bestätigung der Patrioticen Irakischen Studentenunion, einer Unterorganisation der Baath-Partei, erforderlich, wobei bis zu 20 % der vorhandenen Studienplätze schon von vornherein unter Nichtbeachtung des Numerus Clausus von der Baath-Partei vergeben, um Mitgliedern mit schwachen Leistungen zur Hilfe zu kommen. Es muß noch erwähnt werden, daß das Studium an den pädagogischen Akademien, das Studium für das Lehramt in allen Fachrichtungen und das Studium der Psychologie an den Universitäten ausnahmslos für Mitglieder der Baath-Partei reserviert sind.

Da die Studienplätze für die Universitäten zentral vergeben werden, kann es geschehen, daß ein Student aus Mosul in Basra studieren muß und umgekehrt - eine Entfernung von ca. 1000 km - um die Kontakte der Studenten und Einheimische schwer zu machen. Die Unterbringung der Studenten erfolgt in Studentenheimen. Vier Personen werden in einem Raum untergebracht. In jedem Raum befindet sich ein Vertrauter der Partei. Die Exekutive hat international auf der Universität keinen Zugang. Im Irak greift die Exekutive direkt ein und die Bediensteten der Universität und die Patrioticen Irakische Studentenunion erfüllen die Aufgaben der Exekutive in vielen Fällen. Als Student wird man zu Hause, an der Universität und in der Stadt ständig beobachtet. Ist man nicht Mitglied der Patrioticen Irakischen Studentenunion muß man damit rechnen, mindestens einmal pro Woche verhört zu werden. Unbeugsame Studenten müssen gewärtig sein, daß sie ihre Prüfungen 2 Jahre hindurch nicht bestehen und daher die Universität verlassen müssen. Eine ähnliche Politik wird gegen Professoren und Assistenten betrieben, die eine Mitgliedschaft in der Baath-Partei verweigern. Sie müssen ihren Lehrstuhl nach kurzer Zeit verlassen oder werden in ein Amt des Außenministeriums abgeschoben, wie z. B. der irakische Botschafter in Wien, Dr. Hisham Al-Shawi. Er war Vorstand an der Fakultät für Politikwissenschaft an der Universität in Bagdad. Außerhalb der regulären Studienzeiten, in den Sommerferien, werden Studentenlager errichtet, wo die Studenten zusätzlich zur allgemeinen Wehrpflicht eine militärische Ausbildung mitmachen müssen. Die Folgen einer Weigerung sind aus den Dokumenten zu Beginn des Artikels ersichtlich.

Mit einer solchen Art von Kulturpolitik wird versucht, die Feindseligkeiten innerhalb der Staatsbürger und ihrer Nachbarn zu verwurzeln. Diese Art von Politik wurde schon von den Nationalsozialisten versucht - den Preis mußte die ganze Welt bezahlen. Deshalb appellieren wir an alle Demokraten, internationale Organisationen und Studenten und ihren Interessensvertretungen gegen diese Art von Kulturpolitik ihre Stimme zu erheben und so der irakischen Bevölkerung - Kurden und Arabern zur Hilfe zu kommen.

